

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

2. Februar 2021

Audi: Das Virus hat keinen Werksausweis – oder doch?	2
Tarifrunde Metall und Elektro: Die Bosse provozieren.....	4
Corona: Die Initiative #ZeroCovid muss in Betrieb und Gewerkschaft diskutiert werden	5
Solidarität: Banu muss bleiben – Stadt Nürnberg will Ärztin ausweisen	6
Sicherheitskonferenz: Aufgeschoben – auch das Virus schafft es nicht	8



MAN vor Gericht – kämpfen müsst IHR!

Die MAN-Belegschaft muss sich einstellen auf Widerstand gegen jede Entlassung.
So ist Vertrauensbruch der Kapitalisten zu beantworten.

Die Manager sitzen nicht auf der Anklagebank, was eigentlich richtig wäre. Haben sie doch vor, 9.500 Kollegen auf die Straße zu setzen. Aber was da läuft, ist ein Feststellungsverfahren, ob MAN in Zukunft heiße Kündigungen machen darf. Denn der Jobsicherungsvertrag, vereinbart bis 2030, wurde zum Ende des vergangenen Jahres vom Konzern gekündigt. Ein Vertragsbruch, mit dem MAN vorangeht

in der Autoindustrie, wo solche Verträge üblich sind. Der MAN-Betriebsrat zog vor Gericht.

Es geht nicht nur um den Abbau von 9.500, davon 3.000 in München (Auf Draht berichtete). Zu befürchten ist, dass letztlich das Bundesarbeitsgericht (BAG) darüber befindet, ob die so genannte unternehmerische Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt ist, also das Recht auf Heuern und

Feuern. Das kann nach hinten losgehen. Bestenfalls kommt eine Neuauflage eines „Zukunftssicherungsvertrages“ heraus. Dieser Prozess, der voraussichtlich durch alle Instanzen gehen wird, ist auch im Interesse des Kapitals.

Kollege Stimoniaris, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, schlägt sich wacker.

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2 ►

+++ Letzte Meldung zu MAN – 1.500 müssen raus in München! +++

Statt 9.500 im Konzern sollen nur mehr 3.500 entlassen werden. Darauf haben sich Gesamtbetriebsrat und Manager nun geeinigt. Bis 2022 sollen im Münchner Werk nur mehr 7.500 beschäftigt sein, also 1.500 müssen raus, immer noch! Offen ist, was mit Steyr in Österreich und Plauen in Sachsen geschieht.

Keine heißen Kündigungen mehr, wird verlautbart. „Sozialverträglich“ nennen sie das, was nun kommt: Befristungen beenden, Leiharbeiter weg, Altersteilzeit, druckvolle Abfindungsgespräche.

Hat MAN die alte Kapitalistentaktik „Einen-Elefant-in-den-Himmel-setzen“ hergenommen? Also erstmal die Angstkeule zu schwingen – 9.500 raus! – um dann dem Betriebsrat die 3.500 herauszureißen?!

Das Verfahren wegen des Vertragsbruchs durch MAN läuft weiter. Siehe Artikel „MAN vor Gericht“.
(Zahlen nach Süddeutscher Zeitung, 27. Januar 2021)

► Fortsetzung von Seite 1

MAN vor Gericht – kämpfen müsst ihr!

Die Vereinbarung sei genau für Zeiten wie diese gedacht. Die „Gewitterklausel“ jetzt zu ziehen sei „ein Vertrauensbruch“. (Süddeutsche Zeitung, 14. Januar 2021)

Für seine Argumente - wie „ungerechte Behandlung, die Belegschaft ist dem Unternehmer immer entgegengekommen“ – wird er viel Zustimmung erhalten bei den Kollegen. Doch zählt das vor Gericht? Kein Arbeitsplatz ist damit gesichert, nur Verzögerung kann erreicht werden. Die Nachwirkung des Vertrags reicht bis September 2021. Ein Urteil in München wird für diesen Sommer erwartet. Das BAG wird entscheiden, was die Richterin schon versicherte. (Süddeutsche Zeitung, 14. Januar 2021)

Also keine falschen Hoffnungen auf bürgerliche Gerichte! Rechtsfragen sind Machtfragen, lernten wir auf Gewerkschaftsseminaren. Kollegen, ihr könnt doch nicht ruhig warten, bis die Richter sagen: „na gut, ihr könnt bleiben“. Die MAN-Belegschaft muss sich sofort einstellen auf Widerstand gegen jede Entlassung, Marsch auf die Straße, Warnstreik! So ist Vertrauensbruch der Kapitalisten zu beantworten. Das ist eine Aufgabe für die ganze Konzernbelegschaft, die bestens organisiert ist in der IG Metall. Wie das Kernwerk München! Arsch hoch, Kollegen! ■ *krn*

(Dieser Artikel wurde am 26. Januar 2021 geschrieben)

Es kam beim Prozess auf den Tisch: **MAN baut neue Werke** in Polen, Türkei, Indien. „Soll Deutschland bluten dafür?“, meinte die Richterin. München vor Krakau – das hat ein Gschmäckle vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Geschichte. Auf so eine Steilvorlage des Gerichts müssen IG Metall-Betriebsräte nicht stolz sein, auch wenn die Richterin die Standortsicherung im Vertrag betont.

Leiharbeiter wurden beschäftigt, das sei ein Punkt für den Betriebsrat, so die Richterin. Auch für sie sind Leiharbeiter nur Manövriermasse. Sie hätten also schon früher raus müssen? So funktioniert bürgerliches Arbeitsrecht für die Arbeiter. (zitiert nach Süddeutscher Zeitung, 14. Januar 2021)

Zum Beispiel **Daimler Berlin**: Am 9. Dezember stand das Werk still. Die Kollegen demonstrierten durch Berlin-Marienfelde. Dann eine Video-Betriebsversammlung, was den ganzen Tag dauerte!

Dazu Kollege Michael Rahmel, der Betriebsratsvorsitzende des Berliner Werks: „Wir Daimler-Beschäftigte werden am Mittwoch nicht arbeiten. Wir nehmen uns diesen Tag, um dem Vorstand klar zu zeigen, dass wir uns von ihm nicht abracken lassen. Die 2.500 Beschäftigten hier werden sich von keinem Vorstand der Welt ihre Zukunft stehlen lassen“. (zitiert nach Unsere Zeit, 11. Dezember 2020)

Das Virus hat keinen Werksausweis – Oder doch?

Bei Audi passen Planung und die Realität der Pandemie nicht zusammen – es wird Zeit, dass die Unternehmensleitung ihre Fürsorgepflicht wahrnimmt.

Wir dokumentieren hier die Zuschrift eines Arbeiters bei Audi in Ingolstadt, die uns kürzlich erreicht hat: *Die Stimmung unter den Kollegen lässt sich oft auf ungefähr diese Aussage unterbrechen: „Wie kann das sein? Wir dürfen uns draußen nur mit einer Person treffen und nach der Arbeit nicht mal ein Bier trinken, aber hier drinnen ist das okay wenn 40 Leute oder mehr zusammen 8 Stunden miteinander zu tun haben?“*

*Die weltweite Pandemie endet nicht am Tor und er ist nicht auf dem Werksge-lände weniger ansteckend als draußen. Wie passt das zusammen, dass draußen alle größeren Ansammlungen vermieden werden sollen und hier sollen plötzlich 8 Plätze im Raucherraum für 20 Raucher*innen reichen? In der Pause war es so schon oft eng in den Gängen im Sozialbereich und auf den Toiletten waren manchmal Schlangen, jetzt sind die Pausenzeiten entzerrt,*

aber die Leute müssen trotzdem aufs Klo, und dann ist wegen der Abstandsregel auch noch viel gesperrt, so stehen wir wieder in der Schlange manchmal. So sieht Vorsprung durch Technik nicht aus!

Planung und die Realität der Pandemie passen nicht zusammen, es wird Zeit, dass die Unternehmensleitung ihrer Fürsorgepflicht nachkommt und wenigstens für ein paar Wochen schließt.

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 3 ►

- Ich will die ~~AufDraht~~ gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o KommTreff • Holzapfelstr. 3 • 80339 München

Ein weiterer Widerspruch, mit dem sich die Kolleginnen und Kollegen in Bayern herumschlagen müssen, ist der, dass man sich nach 21 Uhr, wenn man auf dem Weg von der Spätschicht nach Hause ist oder in die Nachtschicht fährt, teilweise gegenüber der Polizei, wenn sie „Corona-Kontrolle“ macht, rechtfertigen muss, während die Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen in den Betrieben vom Staat kaum kontrolliert wird!

Wenn im Betrieb ein „Corona-Fall“ auftaucht, dann wäre es doch eigentlich das naheliegendste, dass die gesamte Belegschaft, die an diesem Tag im Betrieb war oder ist, einmal durchgetestet wird. Doch nichts dergleichen geschieht. Man schickt lediglich diejenigen in Quarantäne, die sich im unmittelbaren Umfeld am Arbeitsplatz befinden. Dass die Fabrikarbeiter aber mit wesentlich mehr Menschen Kontakt haben, auf dem Weg zur Arbeitsstelle, auf dem Weg zum Arbeitsplatz, in der Pause, auf dem Weg aus dem Betrieb nach Schichtende, das wird von den Kapitalisten einfach ignoriert.

Zum Vergleich: Als man im Oktober letzten Jahres in der chinesischen Metropole

Quingdao einige wenige Neuinfektionen mit dem Coronavirus festgestellt hat, hat man binnen vier Tagen über 10 Millionen Menschen getestet und hat so weitere 13 positive Fälle entdeckt! (Arzteblatt.de, 15. Oktober 2020)

Wir fordern deshalb, solange nicht alle nicht lebenswichtigen Betriebe geschlossen sind (Verweis Artikel zeroCovid), umfassende Tests in allen Betrieben, in denen Fälle einer Infektion mit dem Coronavirus auftreten! Die Kosten für die Tests sind vom Kapital, das die Arbeiter auch während der Pandemie für seinen Profitschuften lässt, zu bezahlen!

Unsere Gewerkschaften und unsere Betriebsräte haben in den Betrieben die Einhaltung von Infektionsschutzvorschriften durch das Kapital genauestens zu überprüfen, und wenn das Kapital nicht bereit ist, Verstöße abzustellen, dann müssen die Belegschaften aufgefordert werden, die Arbeit niederzulegen! Geht zu euren Betriebsräten und IGM-Vertrauensleuten und fordert das ein! ■Ma



Infektionen bei **BMW München**. Zwei unabhängige Berichte aus der Fertigung: „viele Abteilungen bei BMW wegen Quarantäne geschlossen“ bzw. sind Ansteckungen bekannt. (Auskunft von zwei Kollegen aus dem Betrieb)

Klasse gegen Klasse

Wer kennt es nicht: „Haribo macht Kinder froh“. Und das seit 100 Jahren. 1990 wurde der volkseigene Betrieb VEB Süßwarenfabrik Wesa Wilkau-Haßlau in Sachsen von **Haribo** übernommen. 300 Kolleginnen und Kollegen fanden dort einst neben den Gummibären auch Lohn und Brot. Nun soll es vorbei sein, wenn es nach dem Willen der Haribo-Inhaber geht: „unverhältnismäßige hohe“ Investitionen sollen den Schritt notwendig machen, der Corona-Pandemie wegen müsse sich Haribo „noch wettbewerbsfähiger aufstellen“. Eine über 120jährige Süßwarenproduktion wird eingestampft, verbliebene 150 Kolleginnen und Kollegen und ihre Kinder werden nicht froh. Sie demonstrierten am 21. November, sie beteten am 6. Dezember. Die parallel durchgeführte Suche nach einem Investor blieb erfolglos.

Am 20. Januar fand die zweite Verhandlungsrunde der westdeutschen **Textil- und Bekleidungsindustrie** statt und endete ergebnislos und ohne Angebot der Unternehmer. Die IG Metall (als zuständige Gewerkschaft) fordert vier Prozent mehr Lohn, mindestens aber 100 Euro pro Monat mehr. Die Löhne in der Textil- und Bekleidungsindustrie liegen knapp über dem gesetzlichen Mindestlohn. „Das Einkommensniveau ist eindeutig zu niedrig“, so die IG Metall. Weiterhin soll ein neuer Tarifvertrag für die Altersteilzeit abgeschlossen werden. Die Verhandlungen gehen am 29. Januar weiter. Ab dem 1. Februar sind Warnstreiks möglich.

Verdi ruft die Beschäftigten der Deutsche Bank Direkt GmbH (**DB Direkt**) auf, sich an einer Urabstimmung für einen Streik zu beteiligen. Grund dafür sind die stockenden Tarifverhandlungen mit den Unternehmern. Verdi hatte die Beschäftigten zuletzt nach dem Jahreswechsel zu Warnstreiks in den Callcentern aufgerufen. Die Arbeitsniederlegungen gingen vom 2. bis 6. Januar 2021. Bereits im vergangenen Jahr hatten die Beschäftigten in mehreren Warnstreikaktionen die Arbeit niedergelegt. Das Ziel ist ein verhandlungsfähiges Angebot der Kapitalisten. Verdi fordert für die Beschäftigten rückwirkend ab dem 1. April 2020 sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 150 Euro, sowie die Einführung eines 13. Gehaltes. Das Angebot der DB Direkt erstreckt sich über 1,5 Prozent Gehaltserhöhung ab dem 1. November 2020 und weiteren 1,5 Prozent ab 1. Januar 2022. Ein 13. Gehalt soll aus Kapitalistensicht stufenweise eingeführt werden (bis 2025 jeweils 100 Euro jährlich). Die Urabstimmung für den Streik findet bis zum 28. Januar 2021 an den beiden Standorten Berlin und Essen statt. 94 Prozent der Kolleginnen und Kollegen stimmten dem Streik zu. ■RW

AufDraht

Herausgeber:

DKP und Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: Auf.Draht@gmx.de

www.betriebsaktiv.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

mehr Informationen über die DKP:
www.dkp.de

mehr Informationen über die Gruppe KAZ:
www.kaz-online.de



Die Bosse provozieren

Das MuE-Kapital fordert Nullrunde! Wo waren die Metaller?

Die bayerischen Metall-Kapitalisten (VBM) forderten auch bei der zweiten Tarifverhandlung am 20. Januar eine Nullrunde. Sie folgen damit der Parole des neuen Gesamtmetall-Chefs Wolf, es gebe nichts zu verteilen. Dazu fordert er flexiblen Lohn. Nach seinen Vorstellungen solle der Lohn um bis zu 10 Prozent nach unten schwanken können, wenn es die Lage erfordere. (Die Welt, 13. Dezember 2020)

Unglaublich, was sich profitgierige Kapitalvertreter alles ausdenken. Doch wo waren die Metaller, die bisher bei den Tarifverhandlungen vor dem „Haus der Bayerischen Wirtschaft“ lautstark ihren Protest vorgetragen haben? An die 2.000 aus Münchner und bayerischen Metallbetrieben waren das immer, die Druck machten. Diesmal abgezählte 20 Kollegen, alle hauptamtliche Funktionäre. Wollten sie so die 40.000 organisierten Metaller Münchens vertreten?

Hallo IG Metall! Warum kein Aufruf zum Protest? Traut ihr das den Belegschaften nicht zu, auf die Straße zu gehen angesichts der Provokationen der Unternehmer? Habt ihr nicht wahrgenommen, wie Kollegen in den vergangenen Wochen und Monaten gegen den drohenden Arbeitsplatzverlust durch Nürnberg mar-

schierten? Menschenketten ums Werk bildeten bei Conti? Den Betrieb still legten bei Voith? Trotz Corona mangelt es den Kollegen nicht an Kampfbereitschaft!

Seit drei Jahren erfolgte keine Mobilisierung mehr für den Lohnkampf. Die 24-Stunden-Streiks wurden im Januar 2018 vor allem von den Automobil-Metallern begeistert geführt, 500.000 waren im Ausstand. Und jetzt?

Die Autoindustrie ist im Aufschwung, auch im Autoland Bayern. Die Aktien sind auf Vorkrisenstand, der DAX testet die 14.000er-Marke in Erwartung steigender Profite. Horrende Dividenden wurden an die BMW-Eigentümer ausgeschüttet. Dagegen ist die bescheidene 4-Prozent-Forderung der IG Metall ein Klacks. Auch die wird nur durchzusetzen sein, wenn die Belegschaften jetzt (!) mobilisiert werden. Die Zeit läuft, der IG Metall-Vorstand strebt einen Abschluss vor dem Ende der Friedenspflicht am 1. März an. Warum? Folgt der Vorstand etwa diesem Wolf? Aufgrund der Corona-Krise befürchtet der Gesamtmetall-Chef keine Streiks in der laufenden Tarifrunde. (Automobilwoche, 15. Januar 2021)

Hoffentlich täuscht er sich, aber das liegt an euch, Kolleginnen und Kollegen! ■ *krr*

Aufhebung der Spaltung zwischen Ost und West!

Das Kapital fordert ständig mehr „Differenzierungsmöglichkeiten“, das heißt, mehr unterschiedliche Löhne, Arbeitszeiten, Sonderzahlungen, Zuschläge usw. Damit werden die Belegschaften gespalten, um damit ihre Kampfkraft und die der Gewerkschaften zu unterlaufen und zu schwächen.

Das Beispiel dafür ist die seit 30 Jahren vom Kapital betriebene und verteidigte Spaltung zwischen Ost und West. Abgesehen von vielem anderen sorgt die „Differenzierung“ der Tarifverträge hierbei bekanntermaßen nach wie vor für unterschiedliche Löhne und Arbeitszeiten. Das war nicht nur Thema auf den Gewerkschaftstagen der vergangenen Jahre (zuletzt 2019), sondern ebenso bei den letzten Tarifrunden.

Bei der Tarifkommissionssitzung im November 2020 des IGM-Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen hat Kollegin Birgit Dietze, die zuständige Bezirksleiterin, festgestellt: „Wir hören in den Betrieben im Bezirk jeden Tag, dass die Beschäftigten sich nicht mit der Ungerechtigkeit abfinden, dass sie 30 Jahre nach der deutschen Einheit immer noch drei Stunden pro Woche unbezahlt mehr arbeiten (...) Diese Ungleichbehandlung verstehen die Beschäftigten in unserem Bezirk nicht mehr. Durch Aussitzen wird die Lage nicht besser ...“

In den offiziellen Veröffentlichungen (Internet) des IGM-Vorstandes heißt es zu den aufgestellten Forderungen: „Die Tarifkommissionen wollen eine schrittweise Angleichung der Arbeitsbedingungen in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie an den Westen erreichen, insbesondere bei den Arbeitszeiten. Die Tarifkommissionen im Westen wollen die Tarifkommissionen im Osten dabei unterstützen.“

Jetzt liegt es in der Hand der Metallernen und Metaller, dem Metall- und Elektrokapital zu zeigen, dass „gemeinsam anpacken“ für uns Solidarität in unserer Klasse heißt und sich als Kampfansage gegen dessen Forderungen und die Spaltung zwischen Ost und West richtet. ■ *LJ*

Tarifgebiet **Nordrhein-Westfalen**: Blockade bei Entgelt und Arbeitszeitverkürzung, d.h. Unternehmer lehnen das 4%-Volumen der IGM-Forderung ab, das die 4-Tage-Woche beinhaltet. Annäherung bei neuen „Zukunftstarifverträgen“. Die IG Metall NRW bereitet sich auf Warnstreiks ab 1. März vor, auch 24-Stunden-Streiks sind möglich.

Tarifgebiet **Baden-Württemberg**: Laut IG Metall sind die Fronten verhärtet. Südwestmetall, das vereinigte Automobilkapital in Baden-Württemberg, will Tarifstandards verschlechtern, Pausenregelungen streichen. Keine Lohnerhöhung, bis Vorkrisenniveau erreicht ist. Der Verhandlungsführer Porth sitzt im Daimler-Vorstand.



Metaller solidarisieren sich mit Krankenhauspersonal!

Die Geschäftsführung der privatisierten Uniklinik Marburg forderte während der vergangenen Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, „in Zeiten der Pandemie vom Arbeitskampf lassen“. IG-Metall-Vertrauensleute bei Bosch in Hessen ließen diese Zumutung der Herren Professoren so nicht stehen. Sie verteidigten das Streikrecht und posteten in sozialen Medien:

„Wir solidarisieren uns mit dem Gesundheitspersonal. Wir halten das für eine Frechheit. Würde die Geschäftsführung freiwillig ausreichend Personal aufbauen und das Pflegepersonal besser bezahlen, müsste auch niemand streiken. Da das Klinikum aber ein privates Unternehmen ist und nach Profitlogik wirtschaftet, ist das einzige effektive Mittel, um bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, der Streik. Die Geschäftsführung kämpft ununterbrochen gegen die Rechte der Beschäftigten.“ (Unsere Zeit, 4. Dezember 2020)

Ist es denn kein Kampf von oben gegen die Beschäftigten, wenn öffentliche Gelder in private Taschen wandern? Oder wenn die Stel-
lenerhöhung seit Jahren nicht durchgeführt wird? Das Beispiel der hessischen Metaller muss in der größten Industriegewerkschaft aufgegriffen werden. Die IG Metall hatte keinen Finger gerührt, während die Kolleginnen und Kollegen gekämpft haben. Solidarität muss über Branchengrenzen hinweg wirken. Solche Grenzen innerhalb unserer Klasse müssen fallen. Nicht vergessen: auch die Metaller sind mal Patienten und dann dem Notstand in den Krankenhäusern ausgeliefert!

■krn

#ZeroCovid

Die Initiative ist ein Ansatz, den wir in unseren Gewerkschaften, in unseren Vertrauenskörpern und mit den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb diskutierten sollten.

#ZeroCovid, so lautet der Name einer noch recht jungen Bewegung in Deutschland, Österreich und der Schweiz, die einen anderen Umgang mit dem Coronavirus fordert. Sie kritisiert, dass die bisherige Strategie der Regierenden gescheitert ist. Trotz scharfer Beschränkungen und Grundrechtseingriffe, die vor allem den privaten Lebensbereich betreffen, sinken die Infektionszahlen zu langsam, als dass ein Ende der Pandemie auch nur im Ansatz erkennbar wäre. Als einer der dafür maßgeblichen Gründe wird die Tatsache, dass die Wirtschaft, abgesehen von Gastronomie, Einzelhandel etc., von den Lockdown-Maßnahmen größtenteils ausgenommen ist, benannt.

„ZeroCovid“ fordert deshalb unter anderem die vorübergehende Schließung der nicht-lebenswichtigen Betriebe, um die Infektionszahlen rasch und konsequent zu senken.

Und das ist auch dringend nötig, wie das Beispiel „Airbus“ erneut anschaulich vor Augen führt. Am Hamburger Standort wurden jetzt 500 Kolleginnen und Kollegen durch Anordnung des Gesundheitsamtes in Quarantäne geschickt, nachdem bei mehr als 20 Kolleginnen und Kollegen in der Fabrik eine Infektion mit dem Coronavirus nachgewiesen wurde. (Handelsblatt, 25.02.2021)

Auszüge aus dem Aufruf „ZeroCovid“:
„(...) 1. Gemeinsam runter auf Null: ... Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir eine solidarische Pause von einigen Wochen. Shutdown heißt: Wir schränken unsere direkten Kontakte auf ein Minimum ein – und zwar auch am Arbeitsplatz! Maßnahmen können nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf die Freizeit konzentriert sind, aber die Arbeitszeit ausnehmen. Wir müssen die gesellschaftlich nicht dringend erforderlichen Bereiche der Wirtschaft für

eine kurze Zeit stilllegen. Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen, Schulen müssen geschlossen und die Arbeitspflicht ausgesetzt werden. Diese Pause muss so lange dauern, bis die oben genannten Ziele erreicht sind. Wichtig ist, dass die Beschäftigten die Maßnahmen in den Betrieben selber gestalten und gemeinsam durchsetzen. Mit diesem Aufruf fordern wir auch die Gewerkschaften auf, sich entschlossen für die Gesundheit der Beschäftigten einzusetzen, den Einsatz von Beschäftigten für ihre Gesundheit zu unterstützen und die erforderliche große und gemeinsame Pause zu organisieren.

2. Niemand darf zurückgelassen werden: Menschen können nur zu Hause bleiben, wenn sie finanziell abgesichert sind. Deshalb ist ein umfassendes Rettungspaket für alle nötig. Die Menschen, die von den

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 6 ■



aus anderen Ländern

Immer wieder streiken Millionen Arbeiter in **Indien** gemeinsam über das ganze große Land hinweg gegen die permanenten Angriffe von Regierung und Kapital auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen. So wurde u.a. der 8-Stunden-Tag zugunsten längerer Arbeitszeiten abgeschafft, befristete Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht, das Recht sich zu organisieren eingeschränkt, Leistungen im eh schon löchrigen sozialen Netz beschnitten. Zuletzt beteiligten sich Ende November 2020 nach Angaben der Gewerkschaften bis zu 250 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter an einem Generalstreik. Sie forderten u.a. eine Rücknahme der arbeiter- und bauernfeindlichen Gesetzesänderungen, ein Ende der Privatisierungen, höhere Löhne und Renten, finanzielle Unterstützung bedürftiger Familien. Auch Landarbeiter und Bauern haben sich den Kämpfen angeschlossen. In **Frankreich** hatte die Regierung Ende November 2020 eine Verschärfung des Polizeigesetzes beschlossen, in dem u.a. vorgesehen war, die Veröffentlichung von Videos und Fotos von Polizeiangriffen unter Strafe zu stellen. Bei Bekanntwerden dieses Vorhabens gingen sofort Hunderttausende in ganz Frankreich auf die Straße, auch die Gewerkschaften beteiligten sich und forderten die Rücknahme dieser Verschärfung. Daraufhin machte die Regierung Macron einen Rückzieher, die Verschärfung sollte abgemildert werden. Doch die Proteste dauern bis heute an. Die Forderung lautet, das ganze Gesetzesvorhaben zurückzuziehen. ■gr

► Fortsetzung von Seite 5

#ZeroCovid

Auswirkungen des Shutdowns besonders hart betroffen sind, werden besonders unterstützt – wie Menschen mit niedrigen Einkommen, in beengten Wohnverhältnissen, in einem gewalttätigen Umfeld, Obdachlose. Sammelunterkünfte müssen aufgelöst, geflüchtete Menschen dezentral untergebracht werden. Menschen, die im Shutdown besonders viel Betreuungs- und Sorgearbeit leisten, sollen durch gemeinschaftliche Einrichtungen entlastet werden. Kinder erhalten Unterricht online, notfalls in Kleingruppen.

3. Ausbau der sozialen Gesundheitsinfrastruktur: Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich muss sofort und nachhaltig ausgebaut werden. ... Das Profitstreben im Gesundheits- und Pflegebereich gefährdet die kollektive Gesundheit. Wir verlangen die Rücknahme bisheriger Privatisierungen und Schließungen.

4. Impfstoffe sind globales Gemeingut: Eine globale Pandemie lässt sich nur global besiegen. Öffentliche und private Unternehmen müssen umgehend die erforderliche Produktion von Impfstoffen vorbereiten und durchführen. Impfstoffe sollten der privaten Profiterzielung entzogen werden. ...

5. Solidarische Finanzierung: Die notwendigen Maßnahmen kosten viel Geld. Die Gesellschaften in Europa haben enormen Reichtum angehäuft, den sich allerdings einige wenige Vermögende angeeignet haben. Mit diesem Reichtum sind die umfassende Arbeitspause und

alle solidarischen Maßnahmen problemlos finanzierbar. ...“

Merkel und Spahn haben den Aufruf bereits zurückgewiesen. Die Konzernchefs toben und versuchen weiterhin, die Infektionsgefahr am Arbeitsplatz zu ignorieren. Die Profite sind ihnen eben wichtiger als die Gesundheit der Menschen.

Wie es gehen könnte

Wie sich die Schließung der Betriebe durchsetzen lässt, haben uns die Kolleginnen und Kollegen in Italien gezeigt:

„Wenn sie die Fabriken nicht schließen, tun wir es ...!“ Unter diesem Motto streikte im letzten Jahr die Belegschaft des Fiat-Crysler-Werks im italienischen Pomigliano d'Arco. Auch in vielen anderen Teilen des Landes legten die Kolleginnen und Kollegen die Arbeit nieder und forderten die Schließung der Betriebe. „Die Profite können warten – die Gesundheit nicht!“ So lautete nur einer von vielen Streikaufrufen.

In der Lombardei wurden vor allem Betriebe der Metallindustrie bestreikt, und der nationale Gewerkschaftsverband Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) drohte den Kapitalisten mit einem landesweiten Generalstreik. ■gr/ma

Banu muss bleiben!

Wir brauchen dringend Ärzte und Ärztinnen. Doch die Stadt Nürnberg weist eine Ärztin aus.

Unter diesem Motto protestieren Verdi-Kolleginnen und Kollegen in Nürnberg Woche für Woche mittwochs gegen die geplante Ausweisung ihrer Kollegin Dr. Banu Büyükkavci, unterstützt von vielen anderen Demokraten und Antifaschisten. Banu ist Ärztin am Nürnberger Klinikum und aktive Gewerkschafterin u.a. im Bezirks- und Landesmigrationsausschuss von Verdi. Die Begründung der Stadt Nürnberg für die Ausweisung: Banu sei „eine Gefahr für Deutschland“.

Was hat Banu verbrochen?

Nichts, ganz im Gegenteil. Sie hilft in ihrer beruflichen Tätigkeit kompetent

kranken Menschen, wieder gesund zu werden. Das Nürnberger Klinikum weiß das zu schätzen und hat während der ganzen Untersuchungshaft für Banu den Arbeitsplatz freigehalten. Sie setzt sich als Gewerkschafterin für ihre Kolleginnen und Kollegen ein, streitet für die Rechte von Frauen, gegen Rassismus und Faschismus. Sie kämpft, wie sie in einem Brief an die Teilnehmer einer Informationsveranstaltung des „Arbeitskreis Aktiv gegen Rechts in Verdi München“ 2017 geschrieben hat, für „Menschlichkeit, Frieden, Gleichheit und Geschwisterlichkeit“.

Doch sie ist Mitglied in der TKP/ML, einer Partei, die in Deutschland nicht ver-

boten ist und auf keiner internationalen Terrorliste steht – außer in der Türkei. Das war der Bundesregierung offensichtlich Grund genug, die Bundesanwaltschaft zu ermächtigen, die Ermittlungen aufzunehmen. Es störte die Bundesregierung dabei nicht, dass sie in den letzten Jahren selbst immer wieder Journalisten aus Deutschland, die in der Türkei wegen „Unterstützung terroristischer Organisationen“ willkürlich eingesperrt worden sind, frei verhandeln musste. Egal. So wurden Banu und ihr Mann, sowie acht weitere Genossen – Ärzte, Arbeiter, Rent-

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 7 ►

Keine Abschiebung ins Erdogan-Regime!

Ein Herz für Menschenrechte

Mahnwache

Immer Mittwochs, 17:00 Uhr

Kornmarkt

Straße der Menschenrechte

Keine Ausweisung von Kollegin Banu Büyükcavci durch die Stadt Nürnberg!

#BanuMussBleiben

Verdi

V.i.S.d.P. Uli Schmeißel, verdi, Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg

ner, die hier und in anderen europäischen Staaten z.T. als Flüchtlinge leben –, vor bald sechs Jahren überfallartig verhaftet. Wer außerhalb der BRD wohnte, wurde nach Deutschland ausgeliefert. Jahrelang wurden sie wie Schwerverbrecher in Untersuchungshaft weggeschlossen und in München vor Gericht gezerrt. Menschen, die teilweise bereits in der Türkei in den Gefängnissen gefoltert worden sind und sich nun wieder hinter Gittern befanden.

44 Jahre Haft – ohne Straftat

Im Sommer 2020 wurde dann vom Oberlandesgericht München das Urteil verkündet: Insgesamt 44 Jahre Haft für Banu und die mit ihr Angeklagten, ohne dass einem von ihnen irgendeine konkrete Straftat vorgeworfen worden ist. Mitgliedschaft und Unterstützung einer „ausländischen terroristischen Organisation“ nach § 129b StGB reichten aus. Aufgrund der langen Untersuchungshaft konnten Banu und ihre Mitstreiter ihre Gefängniszellen verlassen, da die Strafe weitgehend abgeolten war. Doch bevor überhaupt das Urteil schriftlich vorgelegen hat – Voraussetzung, um gegen das Urteil rechtlich vorgehen zu können –, erhielt Banu den Ausweisungsbescheid.

Gefahr für Deutschland?

Was für eine Gefahr meint die Bundesregierung, die die Ermittlungen anwies, meinen die Richter, die das Urteil sprachen und nun die Behörden, die die Ausweisung androhen? Es geht nicht um „Deutschland“, zumindest nicht um die überwiegende Mehrheit seiner Bewohner.

Es geht um die deutsche Außenpolitik, in der die Türkei als Brückenkopf in Richtung mittlerer Osten und Asien immer eine Rolle gespielt hat. Es geht um die Interessen des Kapitals und seine Expansionsbedürfnisse, um die vielen deutschen Unternehmen, die in der Türkei ansässig sind und dort möglichst weiter ungestört ihre Geschäfte tätigen und ihre Profite erzielen wollen. Es geht um die Flüchtlingsabwehr der Bundesregierung, in der die türkische Regierung als Türsteher vorgesehen ist. Und da interessieren die Bundesregierung ihre ständigen Lippenbekenntnisse von „Demokratie und Menschenrecht“ keinen Pfifferling.

Für uns nicht!

Die Kolleginnen und Kollegen von Verdi sehen auf jeden Fall Banu nicht als Gefahr, sondern als Unterstützung, die fehlt, wenn sie weg ist. Als Ärztin und unbeugsame Kämpferin für die Interessen der arbeitenden Menschen, gegen Rassismus und Krieg.

Informiert euch auf der Internetseite von Verdi in Mittelfranken¹ über den aktuellen Stand und unterstützt den Protest, wo es euch möglich ist.

Solidarität mit den zu Unrecht Verurteilten – Banu muss bleiben! ■gr

¹ <https://mittelfranken.verdi.de>

Kurz & bündig

Die Grünen auf den Spuren von Margaret Thatcher, der eisernen Lady aus Großbritannien? Die Bundestagsfraktion verabschiedete ein Positionspapier „Einfach Bahnfahren“ und gibt dabei vor, die **Bahn** zum stärksten Verkehrsmittel entwickeln zu wollen. In Wirklichkeit geht es um „eine schleichende Bahnprivatisierung über das Nebengleis“, wie die Junge Welt in der Ausgabe vom 23./24. Januar 2021 berichtet. Die noch immer bundeseigene DB soll zerschlagen und aufgespalten werden, Eisenbahnnetz und Infrastruktur sollen losgelöst und in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden. Die für Personen- und Güterverkehr zuständigen DB-Töchter in eine GmbH umgewandelt werden. Über Ausschreibungen sollen private Kapitalgruppen zum Zuge kommen, wie es bereits im Regionalverkehr der Fall ist. Dieses Modell läuft auf den Zustand in Großbritannien hinaus. Dort liegt das defizitäre Netz in öffentlicher Hand, während die Filetstücke im Transport- und Servicebereich durch private Konzerne kontrolliert werden. Carl Waßmuth vom Aktionsbündnis „Bahn für alle“: „Die in Netz und Betrieb aufgespaltene britische Eisenbahn ist ein Desaster.“

Jahrelang haben Kolleginnen und Kollegen durch Abschluss von Prämiensparverträgen bei der **Sparkasse**, deren Träger die Landeshauptstadt ist, versucht, Geld für spätere Zeiten zu sparen. Mit dem Spruch „Bei der Stadtparkasse München sind Ihre Finanzen in besten Händen“ sammelt die seit 1824 tätige Bank Gelder von Arbeiterinnen und Arbeitern ein und ermöglichte durch Kreditvergabe an die Stadt München zum Beispiel den Bau der Maximilianstraße, der Schrammehalle oder auch der Kanalisation. Im Frühjahr 2020 kritisierte die Verbraucherzentrale Bayern, dass jahrelang zu wenig Zinsen gezahlt wurden. Nun reicht sie gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) eine Musterfeststellungsklage gegen die Stadtparkasse München ein. 4.600 Euro durchschnittlich betragen die Ansprüche der Sparer.

187 Milliarden US-Dollar sollen nach dem „Bloomberg Billionärs Index“ das Vermögen des Tesla-Inhabers Elon Musk betragen, 72 Milliarden mehr als ein Jahr vorher, meldet die Tagesschau am 7. Januar. In Grünheide will **Tesla** eine Batteriezellenfabrik bauen. Es soll das weltweit größte Werk werden. Tesla könne mit einer beträchtlichen Förderung durch die Bundesregierung rechnen, verkündet Wirtschaftsminister Altmaier. Details sind zwar noch nicht bekannt, aber 3 Milliarden Euro werden schon mal bereitgestellt. Dies entspricht ca. 3,7 Milliarden US-Dollar – oder knapp 2 Prozent von Musks Vermögen. ■RW

**Globale Kriegsgefahr
und deutscher Imperialismus**

Vorträge und Diskussion mit:
Anne Rieger (KPÖ + BA Friedensratschlag), **Patrik Köbele** (DKP),
Rainer Braun (Int. Friedensbüro),
Joscha Landau (SDAJ)

5. Feb
19 Uhr

Melde dich an unter:
anmeldung@dkp-muenchen.de

München
DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Wenn ihr teilnehmen möchtet, meldet euch bitte an unter:
anmeldung@dkp-muenchen.de
 Dann bekommt ihr den Link für die Veranstaltung zugeschickt

Aufgeschoben

Auch das Coronavirus schaffte es nicht.

Die alljährlich im Februar im Münchner Luxushotel Bayerischer Hof stattfindende sogenannte Sicherheitskonferenz ist nur aufgeschoben und nicht aufgehoben. Wann die Konferenz stattfindet, wird von Wolfgang Ischinger noch bekannt gegeben.

Konferenz hin oder her. Deutschlands Imperialisten rüsten weiter auf. Mit der „nuklearen Teilhabe“ beteiligt sich Deutschland an der Atomkriegsstrategie der USA. Im Kriegsfall sollen die in Büchel (Rheinland-Pfalz) stationierten US-Atombomben von Bundeswehr-Piloten ins Ziel geflogen werden. Um die Atomkriegsfähigkeit Deutschlands weiterhin sicherzustellen, plant die Bundesregierung für 8 Milliarden Euro den Kauf von 45 Boeing F-18 Kampfflugzeugen.

Gemeinsam mit Frankreich treibt die Bundesregierung die Militarisierung der EU voran. Beide Regierungen haben das bisher teuerste europäische Rüstungsprogramm aller Zeiten beschlossen. Die Entwicklung und Anschaffung bewaffneter EU-Drohnen, eines neuen Kampfpanzers und eines Kampfflugsystems mit Drohnenwärmen werden mehrere hundert Steuermilliarden verschlingen.

Die Militär- und Rüstungsausgaben Deutschlands sind seit 2010 von 32 Mrd. auf 46,8 Mrd. Euro für 2021 gestiegen und sollen, trotz Wirtschaftskrise und drohender Kürzung in der Daseinsvorsorge in

den kommenden Jahren, weiter drastisch erhöht werden. Die Bundeswehr wird für zig Milliarden hochgerüstet: Sie soll mit Mehrzweckkampfschiffen, U-Booten, Fregatten, neuen Bombern (Eurofighter) und mit bewaffneten Drohnen ausgerüstet werden.

Bis heute weigert sich die Bundesregierung, dem Atomwaffen-Verbotsvertrag beizutreten.

Und auch die Geschäfte mit der Rüstung florieren. Deutschland liegt bei den Waffenexporten weltweit auf dem skandalösen vierten Rang. Deutsche Rüstungskonzerne beliefern unter anderem die saudische Kriegscoalition für ihren völkerrechtswidrigen Krieg im Jemen.

Bevorzugter Kunde deutscher Waffenlieferungen aber ist das Erdogan-Regime der Türkei, das einen blutigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt und völkerrechtswidrig in Nordsyrien einmarschiert ist, um das demokratische und emanzipatorische Projekt in Rojava zu zerschlagen. Und nebenbei Flüchtlinge in Lager sperrt, um diese so auf ihrem Weg nach Europa zu stoppen.

Wir werden aus all diesen Gründen uns trotzdem – selbstverständlich unter Einhaltung aller Pandemie-Auflagen – am 20. Februar um 14 Uhr auf dem Marienplatz treffen und zum Bayerischen Hof ziehen.

■RW



Hasenberg „Entmietungshammer in München!“ titelte der Münchner Merkur. Ein ganzer Block am Stanigplatz soll saniert werden. Bis Ende März sollen die ersten Mieter aus der Paulkestraße 3 und 7 raus – und das bei Wohnungsnot und Pandemie. Ohne Rücksicht auf Verluste. „Hier wohnen viele Härtefälle“, sagt der Vorsitzende der Mietergemeinschaft, Sven Karadi. Körperlich Kranke, psychisch Kranke und Kolleginnen und Kollegen, die sich schlicht keine andere Wohnung leisten können. Eine Rückkehr nach der Sanierung ist ausgeschlossen, Vermieter ist die Wohnungs- und Siedlungsbau Bayern. „Die WSB Bayern versteht sich als kunden- und marktorientiertes Dienstleistungsunternehmen“, stellt sich die WSB selbst dar. Mit der Bewirtschaftung aber ist es nicht weit her. „Das ist eine typische Masche. Man spart über Jahre an der Instandhaltung, bis das Haus saniert werden muss“, so Christian Schwarzenberger von der Initiative Ausspekuliert. Karadi berichtet: „Bei mir wurde vor meinem Einzug vor elf Jahren nichts repariert.“ Laut WSB befindet sich das 1961/62 gebaute Gebäude noch im Ursprungszustand. Für Karadi bedeutet dies zum Beispiel undichte Fenster. Nachts muss er heizen, um nicht zu frieren. Sobald er heizt, wird es laut in der Wohnung. „Seit über zwei Jahren bemängele ich das und man hielt mich mit Briefen hin.“ Die WSB gehört zur Doblinger Unternehmensgruppe mit 500 Millionen Euro Jahresumsatz, davon 170 Millionen aus Vermietungen. Die Stadtratsfraktion der Linken beantragte eine Erhaltungssatzung für das nördliche Hasenberg. Damit könne die „fortschreitende Verdrängung“ von Mietern durch die drei großen privaten Wohnungsunternehmen des Viertels – WSB, Dawonia und Südhaus – gestoppt werden. Einen Ausverkauf durch eine Umwandlung gelte es zu verhindern.

Schwanthalerhöhe Die seit den 1920er Jahren dort existierende Post soll geschlossen werden. Die Räumlichkeiten werden von der mittlerweile zur Deutschen Bank gehörenden Postbank betrieben, die Post ist Untermieter. Jetzt teilt der Pressesprecher der Postbank, Oliver Rittmaier, auf Nachfrage mit: Die „kontinuierliche Bewertung unseres Filialnetzes nach Wirtschaftlichkeit und Optimierungsmöglichkeiten“ habe ergeben, dass die Filiale nicht mehr kostendeckend betrieben werden könne. Die Kundenfrequenz sei dabei nicht der entscheidende Indikator. Es gehe vielmehr um die „nachgefragten Dienstleistungen“. Also liquidieren. Für 30.000 Menschen im Viertel bedeutet dies „eine massive Verschlechterung der Versorgungssituation mit Briefen und Paketen“, wie der Bezirksausschuss feststellt. Künftig müssen dann z.B. Pakete in der über drei Kilometer entfernten Arnulfstraße abgeholt werden. Mit dem Auto wenig sinnvoll, da in der Regel keine Parkplätze frei sind. Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln eine fast halbstündige Reise, einfach.

Was heißt eigentlich künftig. Ich habe schon eine SMS bekommen, doch mein Paket in der Arnulfstraße abzuholen. Der Verlagerungsprozess ist längst eingeleitet. Mal sehen, ob die ausliegenden Unterschriftenlisten einen Stopp bewirken können.

■RW